

Verbands-Zeitung

Dienst für die Interessen der Arbeitnehmer im Handwerk, Betriebsteilen, Büros und verwandten Betrieben

Publikationsorgan des Verbandes der Handels- und Industriebeamten und verwandter Betriebsbeamten

Erscheint wöchentlich am Samstagabend
Preis pro Stück: vierzigpfennig 9. März, unter Altenmarkt 12 Markt
eingetragen in die Postzeitung, gestattet. Rechtsanwaltsliches Urteil erlaubt.

Verleger und Herausgeber: Rechtsanwalt Dr. Arndt, Berlin-Lichtenberg
Redaktion und Expedition: Berlin S. 27, Schillerstraße 6
Druck: Tiefenauer Buchdrucker Paul Giese & Co., Berlin-Schöneberg

Abonnementpreis:
für Inserate älter Art: wie geschahnte Abonnement 1 Mark,
für Zusatzangebote Seite 10: Preissatz für Abonnement 30 Pfennig.

Die noch ausstehenden 20 Millionen Tonnen Brot und sofort an den Verbrauch und ausverkauft!

Protest!

Die Zahl der Arbeitslosen nimmt dauernd zu, sie stieg von 356 368 am 1. Dezember auf 365 307 am 15. Dezember 1920 und durch irgendeinen erheblich weiter gewachsene sein. Da sollte eine Staatsweisheit mindestens Maßnahmen unterlassen, welche die Arbeitslosigkeit weiter fördern. Statt dessen sehen wir das Gegenteil. Der preußische Landtag nahm in seiner letzten Sitzung am Freitag, 14. Januar, u. a. einen Antrag, f. m. tlich. Parteien an auf Entziehung der Roggen- und Gerstenbefreiung für Schnapsbrennereien und Bierbrauereien, und im Reichstag sprach folgender Antrag f. m. tlich. Parteien:

Seit einiger Zeit wird wieder überall „Brotbier“ ausgeschüttet, während in allen Kreisen der Bevölkerung der Mangel an dem aus Gerste zu gewinnenden Nahrungsmittel (Brot, Weiß, Gruppen, Grüne, Blätter, Malzgerbstoff für Bräuse und stillende Mutter) bitter beschwert und die bestehende Zunahme und Vorräte von den zuständigen Stellen des Reichs und der Staaten immer und immer wieder erklamt und betont wird. Auch der Malzkaffee („Deutscher Kaffee“) ist nicht in genügender Menge und zu billigen Preise erhältlich.

Nach Mitteilungen stehen 792 000 Tonnen Gerste zur Verfügung, von denen zugedacht sind der Herstellung von Bier: 482 000 Tonnen = stark 60 Proz. Kaffee-Grüne: 120 000 " = 15 " Kaffeeblätter: 120 000 " = 15 " Kindermehl: 40 000 " = 5 " Malzgerbstoff: 20 000 " = 5 " Spiritus: 5 000 " = 1 " Konservierte Suppen: 2 000 " = 1 " Konservierte Getreide: 1 000 " = 2 " Besiedeltes Land: 2 000 "

Ist die Reichsregierung bereit, die der Brauindustrie in Ansicht gestellte Gerste solange zurückzuholen, bis die unmittelbare Volksnahrung durch Gerste (um die Ergebnisse aus der Gerste) so ausreichend gesichert ist, wie es der Stand unserer Volksgesundheit gebietlich verlangt?

Das „Hamburger Echo“ nennt diesen Antrag einen „Vorstoß der Alkoholgegner im Reichstage“ und sagt dazu: „Im Deutschen Reichstage hat sich im Dezember eine unterschiedlich-alkoholgegnerische Arbeitsgemeinschaft gebildet. Von sozialistischen Abgeordneten der verschiedenen Richtungen sind beteiligt: Adolf Braun, Professor Radbruch, Sollmann (Köln), Frau Schröder-Krieger, Frau Wurm, Dr. med. Wehse u. a. Es gehören ihr nicht nur abstinente Abgeordnete (wie Braun und Sollmann), sondern auch Abgeordnete an, die nicht jeglichen Alkoholgenuss verwerfen, doch aber der Auffassung sind, daß der Alkoholverbrauch aus gesundheitlichen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gründen möglichst eingedämmt werden muß. Die erste Aktion dieser Arbeitsgemeinschaft greift die Gewährung von Gerste für „Brotbier“ in solchen Massen unserer Volksgenossen hungen. Dass dieser Vorstoß weitgehende Sympathien findet, geht aus der Tatsache hervor, daß er von über hundert Abgeordneten gedeckt wird.“

Ganz 107 Abgeordnete haben diese Anfrage an die Reichsregierung gerichtet, darunter auch solche, die nicht abstinenz, doch aber der Auffassung sind, daß der Alkoholverbrauch eingedämmt werden muß. Da sollte man denn doch zuerst bei dem ausländischen Schnaps anfangen. Über der soll ja wohl die Summe bringen, die zur Förderung des Alkohols bestimmt ist. Bei dem letzten „Brotbier“ braucht man wirklich keine Angst vor zu großem Alkoholverbrauch zu haben, weil es einmal zu wenig Alkohol enthält und zweitens auch viel zu teuer ist, um einen Alkohol zu gestatten. Und das „Brotbier“ ist in seinem Gehalt wirklich an der Grenze, wo es noch trinkbar und bekommlich ist. Oder will man uns wieder zum Kriegsschwächler bringen, das niemand mehr trinken würde? Nein, nein! bei Verantwort und Ehrlichkeit ist vom Standpunkt der Alkoholisten diese Anfrage nicht zu begründen.

Erstlicher ist die Sache schon vom Standpunkt der Volksernährung. Aber was sagt der Reichsernährungsminister Dr. Hermes auf der gegenwärtig tagenden Konferenz der deutschen Ernährungsminister in Dresden (wie zitiert nach dem „Berliner Tageblatt“):

„Wenn ihm ... gelegentlich der Vorwurf gemacht worden sei, daß er in der Frage der Brotdorforgung eine gewisse Harmlosigkeit an den Tag legte, so müsse er vor aller Offenkundigkeit bekennen, daß unsere Brotdorforgung durchaus schädigend sei. Wir hätten jetzt eine Million Tonnen Roggen, daraus brauche aber nicht der Schluss gezogen zu werden, daß wir uns wieder so durchhängen müssen wie im Jahre 1920. Der große Angriff auf das Ausland habe uns vorerst bewahrt. Wir müssten einmal ein großes Quantum — und zwar sind es 2½ Millionen Tonnen gewesen — aus dem Auslande einführen, um unsere Ernährung wieder ins Rechte zu bringen. Es ist uns bereits gelungen, einen großen Teil dieses Einführungprogramms abzurufen. Ob uns das auch für den Rest gelingt, wird schwierig sein, aber nicht unmöglich, vorausgesetzt, daß uns die Entente eine gewisse Unterstützung angebietet läßt.“

Zum Schluß erklärte der Minister, daß die Reichsregierung alles daran setzen werde, die Distribution in vollem Umfang aufrechtzuerhalten und, wenn irgend möglich, auch die Normalisierung. Die Einfuhr von Getreide stelle allerdings große Anforderungen an unsere Dienste, deshalb wird die Möglichkeit eines Kreditabkommen auszunutzen zu begrüßen sein. Das deutsch-holländische Kreditabkommen sei im Gange. Deutschland habe bereits größere Mengen von Lebensmitteln herangebracht. Es sei zu hoffen, daß die Zukunft fühlbare Erleichterungen bringen werde.

Was ist es möglich, die Ernährung sicherzustellen in einem Umfange, daß wir uns nicht wieder so durchhängen müssen wie im Jahre 1920. Die Arbeiterschaft der Brauindustrie ist von 1913 auf 1919 durch die Gerstenbeschädigung in den letzten Kriegsjahren, die auch jetzt noch besteht, von 103 000 auf 64 000 gesunken. Will man diese auch noch aus dem Produktionsprozeß ausschließen und eine ganze Industrie schädigen, wenn es möglich ist, genügend Nahrungsmittel heranzubringen?!

Wir müssen mit aller Entschiedenheit dagegen protestieren, daß abstinenten Wünsche in solcher ungeheuer schwerwiegenden Frage entscheidend sein sollen, wo es sich um die Errichtung einer Industrie und über 60 000 Arbeiter handelt.

Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen 1919

Die Hochzeit von Lohnbewegungen, die sich nach Ausbruch der Revolution über Deutschland ergoß, hat zu der Prüfung des öfters angewandten Satzes geführt: „Die Revolution ist in einer allgemeine Lohnbewegung ausgezogen“. Wenn damit ausgedrückt werden sollte, daß für die Arbeiterschaft weniger die ideale Erringungshierarchie der Revolution als vielmehr das Streben nach materieller Besserung der Lebenslage, also egoistische Ziele, in Frage kamen, so kann eine solche Kennzeichnung der nach der Revolution eingefestigten Sturm- und Drangperiode nicht als richtighaltig angesehen werden. Letztere waren es doch tiefer in dem Wirtschaftsleben wirkende Ursachen, welche die Arbeiterschaft dazu trieben, eine höhere Entlohnung anzustreben. Schon vor Beendigung des Krieges befand sich die deutsche Arbeiterschaft in einem gegen die Vorriegszeit erheblich verschlechterten Lebenslage. Nach einer kurzen vorübergehenden Senkung der Warenpreise kam es dann im Laufe des Jahres 1919 zu einer unaufhaltlichen, steigenden Steigerung der Kosten der gesamten Lebenshaltung, die eine unbeschreibliche Verelendung der Volksmassen zur Folge gehabt hätte, wenn dieser Aufwärtsbewegung der Preise nicht die Erhöhung des Lohnentgelts folgt wäre. Letztlich von diesen Gefügespannen ausgebend, sind die wirtschaftlichen Bewegungen der Arbeiterschaft im Jahre 1919 zu betrachten. Es ist für sie besonders kennzeichnend, daß sie sich in den gleichen Berufen und Betrieben in rücksichtlicher Auseinandersetzung im Laufe des Jahres

mehrfach wiederholten und sehr häufig sich nicht in dem Rahmen der sonst angewandten gewerkschaftlichen Käffit vollzogen.

Das „Correspondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ veröffentlicht in der Nr. 51, in einer besonderen Beilage, eine Übersicht über Zahl, Umfang und Erfolg der 1919 vorgenommenen Bewegungen, sowohl von den im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Zentralverbänden geführt wurden und von der Statistik erfaßt werden können.

In der Statistik sind 32 Zentralverbände beteiligt. Diese hatten im Jahre 1919 zusammen 26 433 Bewegungen, die auf 42 249 Orte, 349 106 Betriebe mit 7 980 515 darin beschäftigten Personen erstreckten. In den Gemeinden waren beteiligt 7 425 709 Personen, darunter 1 421 115 weibliche = 19,4 % der Gesamtzahl. Der Anteil der weiblichen Beteiligten ist gegen das Vorjahr mit 9,8 % g. g. zurückgegangen. Diese Veränderung des weiblichen Anteils ist eine Folge der nach Beendigung des Krieges wieder eingetretener stärkerer Beschäftigung männlicher Arbeitkräfte. Gegenüber dem Jahre 1918 ergibt sich ein Mehr von 15 574 Bewegungen und 4 996 052 Beteiligten. Von den gesamten Bewegungen nahmen 22 769 = 86,1 % mit 6 671 248 Beteiligten = 89,7 % der Gesamtzahl einen stetigen Verlauf und 3684 = 15,9 % g. g. blieben zu Arbeitseinstellungen, bzw. deren 764 400 Personen, darunter 103 363 weibliche, betroffen worden. Bis auf wenige Fälle waren alle ohne Arbeitseinstellung verlaufene Bewegungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, besonders zur Erreichung von Lohnverhältnissen unternommen. Nur bei 237 Fällen waren mit 13 096 Beteiligten handelte es sich um Minderheit von Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Von den 3684 Bewegungen, die zu Arbeitseinstellungen führten, waren der überwiegende Teil, und zwar 3278 mit 636 665 Beteiligten, Angriffsstreik. In 2899 Fällen lagen ihnen Lohnforderungen, in 306 Fällen Forderungen auf Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit und in 32 Fällen nur die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit zugrunde; 146 Streiks entstanden aus sonstigen Ursachen. Dass die zur Erreichung einer benötigten Arbeitszeit geführten Streiks nur eine geringe Minorität ausmachen, ist auf die geforderte Entwicklung des Wirtschaftsvertrages zurückzuführen, wonach ein alles Kampfspiel der Gewerkschaften erreicht wurde. Gewerkschaften fanden 226 statt, an denen 59 787 Personen beteiligt waren. In 83 Fällen wurden sie durch Misserfolgen und in 60 Fällen durch Erfolglosigkeiten verunsichert. In 13 weiteren Fällen wurde gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit und in zwei Fällen gegen den verlangten Ausstieg aus der Organisation gekämpft. Aus sonstigen Ursachen entstanden 168 Streiks. Aussperrungen wurden von den Unternehmen in 60 Fällen unternommen, die 68 008 Personen, darunter 25 747 weibliche in Widerstand setzten. In 31 Fällen waren Forderungen der Arbeiter, in 13 Fällen die Rücknahme einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und in 9 Fällen Streiks die Verhinderung zu den Aussperrungen. In weiteren 7 Fällen handelte es sich um andere Ursachen.

Die Durchführung der gesamten Bewegungen versuchte den beteiligten Zentralverbänden eine Gesamtsumme von 38 882 370 M. Daher kommen auf die Arbeitsstunden 57 142 771 M. Die Angriffsstreiks erforderten 34 819 529 M., die Widerstände 836 044 M. und die Aussperrungen 1 137 109 M. Kosten.

Das Jahr 1919 steht mit seinen wirtschaftlichen Bewegungen abseits der Regel, daß ihr Erfolg in erster Linie bedingt ist durch die allgemeine ökonomische Lage. Diese war der erfolgreichen Durchführung von Bewegungen ungünstig wie nie irgend möglich. Die Waffenstillstandsbedingungen führten eine unzureichende Stilllegung der Produktion, die größtenteils durch den langdauernden Kriegszustand auf die Fortsetzung der Kriegsbedürfnisse eingeschränkt war. Die Umstellung der Betriebe auf die Friedenswirtschaft war erschwert durch den Mangel an Rohmaterialien, und die aus dem Felde zurückkehrenden Truppen vermehrten das Heer der Arbeitslosen ins Unermessliche. Wenn trotzdem durch die Bewegungen Erfolge in einem noch nie dagewesenen Umfang und einer beispiellosen Höhe erzielt wurden, so ist dieses besondere Ruhm der Arbeiterschaft und treibenden Kräften zuzuschreiben. Es waren die Bewegungen Massenbewegungen in dem Maße, vollster Bedeutung. Die Unternehmer wagten es nicht, diesen Waffensturm würdevoll entgegenzusetzen. Unverfehlbar war auch das Entgegenkommen der Unternehmer von dem Gedanken getragen, die bevorstehende Arbeitsmöglichkeit der Wirtschaft in Deutschland nicht durch schwere Arbeitskämpfe vollends zu zerstören. Sicher war

die Tätigkeit der aus der Kriegszeit übernommenen Schlafungsstätten, die durchaus zugunsten der Arbeiterschaft wütten, nach dieser Richtung eingestellt.

Die Zusammenfassung der Erfolge aller Bewegungen stellt sich folgendermaßen dar: Ende 1918 = 21.691 — 817 v. S. (1918: 79.9) erfolgreich und 4418 = 10.7 v. S. (1919) teilweise erfolgreich. Es waren betroffen von dem erfolgreichsten Bewegungen 6.500.551 Personen = 75.2 v. S. (82.9) und an den teilweise erfolgreichen Bewegungen 1.683.920 Personen = 22.6 v. S. (80.2). Erfolgslos blieben 171 Bewegungen mit 181.477 Beteiligten. In 219 Fällen mit 129.210 Beteiligten wurde der Ausgang nicht bekannt und 33 Bewegungen (S. 18) mit 230 Beteiligten waren am Abschluß nicht beendet. Soweit über die Ausschüttungen berichtet wurde, endeten 31 mit 9412 daran beteiligten Personen mit einem völligen Misserfolg der Unternehmen 21 mit 42.940 Beteiligten wiesen einen teilweisen Erfolg auf und nur in 3 Fällen hatten die Unternehmer mit diesem Kampfmittel einen vollen Erfolg.

Es wurden durch die Bewegungen für insgesamt 7.257.036 Personen Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielt. Es erreichten 787.825 Personen eine Verkürzung der Arbeitszeit von zusammen 6.123.465 Stunden, 6.470.960 Personen eine Lohnverkürzung vorzusammen 144.397.487 M. die Woche und 4.761.819 Personen sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Im Durchschnitt kommt je eine Arbeitszeitverkürzung von 74 Stunden und eine Lohnverkürzung von 22.31 M. die Woche.

Gegenüber dem gewaltigen Maß an Streikdienst fällt das, was durch die Bewegungen außerdem an Vertragsstreiken abgewehrt wurde, kaum ins Gewicht. Es wurden abgewehrt für 897 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von zusammen 3851 Stunden und für 17.984 Personen eine Lohnverkürzung von 264.657 M. die Woche. Nachreglung von Verträgen wurden in 119 Fällen verlangter Austritt aus der Organisation in 4 Fällen und sonstige Veränderungen der Arbeitsbedingungen in 163 Fällen für 17.680 Personen abgewehrt.

In 11.501 Fällen kam es anlässlich der Bewegungen zu Entlassungen von 2.071 Streikteilnehmern, die für 4.600.000 Personen Geltung hatten.

Bei der Beurteilung der zahlenmäßig nachgewiesener Erfolge darf man sich vergewissern, daß Arbeitszeitverkürzungen und Lohnverkürzungen 1919 in noch viel geringerem Maße erfolgten, als die Darstellung ergibt. Menschen mit zusammen 12.2 Millionen Mitgliedern sind in der Statistik nicht vertreten, darunter auch solche die wichtige Betriebsgruppen vertreten, wie die Verbände der Angestellten, Bergarbeiter, Industriearbeiter und Landarbeiter. Auch die zahlreichen Nachweise der der Statistik beteiligten Verbände lehren davon, daß der Vorsitzende häufig durch die Betriebsgruppen über Bewegungen nicht berichtet wurde.

Die Interesse der Bürgerschaft ist es ungemein bedeutsam, daß die Ergebnisse der wirtschaftlichen Massenbewegung des Proletariats nicht völlig zu erfüllen waren. Wenn der ganz besondere zeitgeschichtliche Umstand, wie die Jahr 1919 beweist, mit dieses jedenfalls in der Geschichte der wirtschaftlichen Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse für immer eine überzeugende Stellung einnimmt. Möglicher, daß die Resultate der im Jahre 1920 erfolgten Bewegungen fast noch denen des Kriegsjahres naheste. Doch kann strecken sich die Zeiten, daß die weitere Industrialbewegung der Bürgerschaft auf größere Höhepunkte fügt, die nur zu überwinden sind. Es bringt die Zeit an, wo die Gewerkschaften gemeinsam feierlich an höheren Sämpfen gegen das Unternehmertum, die mit Erfolg zu führen sind in einer festgeklopperten Einheit aus einer Seite und Handarbeiter.

Notizen über die Herabsetzung des Beitrags der Gewerkschaften zur Landwirtschaftsteuer.

Auf die Frage des Justizministers ob die Gemeinen Diensten Gewerkschaften wegen Absehung des Beitrags der Gewerkschaften an der Kapitalertragsteuer hat das Reichsfinanzministerium unter dem 18. Dezember 1920 folgendermaßen geantwortet:

Zus. § 3 Nr. 1 Nr. 2c, Abs. 2 des Kapitalertragsteuergesetzes vom 28. März 1920 sind Gewerkschaften ohne öffentlich-rechtlichen Charakter, deren Nutzen nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist, mit ihren Erträgen aus vor dem 1. Oktober 1919 erwirtschafteten Kapitalerträgen von der Kapitalertragsteuer freit.

Die endgültige Entscheidung der Frage, ob es für im einzelnen Fälle um einen Betriebsverband im Sinne dieser Bestimmung handelt oder ob der Nutzen eines Gewerkschaftsbundes auf einen wirtschaftlichen Betrieb gerichtet ist, steht den Untersuchungen zu. Eine deren Entscheidung voreilig zu stellen, erlaubt es Sie zweckmäßig eingeschränkt Handhabung des Verfahrens nach folgenden Maßnahmen vorzusehen zu lassen:

1. Der wirtschaftliche Gewerkschaftsbund ohne öffentlich-rechtlichen Charakter findet sich nach im § 13 Nr. 6 des Einheitsneuerungsgesetzes, wonach Betriebe zu Gewerkschaften ohne öffentlich-rechtlichen Charakter, deren Nutzen aus einer wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist, abzugrenzen werden dürfen. Auf der anderen Seite besteht das Glück über die Rechtsnorm im § 5 Nr. 7 und des Kapitalertragsteuergesetzes im § 2 Nr. 7 von nicht-rechtlichen Betrieben ohne öffentlich-rechtlichen Charakter, deren Nutzen nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist. Nach den Maßnahmen zu dieser Sache nicht zu unterscheiden dürfte, daß in den genannten vier Gesetzen kein besonderer genannt ist und daß demgemäß die im Artikel 8 Nr. 6 der Rechtsnormauszählung zum Gesetz über das Rechtsnorm ist die wirtschaftlichen Bedürfnisse im Sinne des § 5 Nr. 7 des Gesetzes über die Rechtsnorm ist die Rechtsnorm ausgestellt, wonach alle freien Betriebsorganisationen werden in der Regel zugewiesen, daß alle freien Betriebsorganisationen, deren Aufgabe der Schutz der Ju-

turen eines besonderen Berufsgruppe ist, wie z. B. die Industrieverbände, die Organisationen der Landwirte und der Handwerker, die Haushaltsgesellschaften, die freien Gewerkschaften, die Gewerkschaften und ähnliche Organisationen der Arbeiter. Daraus kommen die Vereinigungsmittelfrage, die zur Förderung einer für die Allgemeinheit nutzenden wirtschaftlichen Tätigkeit dienen, wie die verschiedenen Vereine zur Förderung des Handels mit anderen Ländern.

2. Der Zweck eines Gewerkschaftsbundes wird in der Regel dann mögigt als auf einer wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet anzusehen sein, wenn dieser Zweck nicht der Gewerkschaftsbund selbst aufweist. Bei Prüfung dieser Frage hat zunächst der sogenannte innere Geschäftsbetrieb auszuschließen, weil dieser kein Verein gleichviel, welche Zwecke er verfolgt, entbehren kann, wenn er bestehen und wirken will. Hierher gehören u. a. die laufenden Geschäfte der Leitung des Vereins durch die Vereinsorgane, ihr Verkehr mit den Mitgliedern, die Verpflichtung der Vereinsmittel, die Ausübung der Mitgliedschaftsrechte und die Erfüllung der Mitgliedschaftspflichten durch die Vereinsmitglieder. Es kommt dabei mehr dar auf an, ob sich die nach außen gerichtete Tätigkeit des Vereins im Verkehr mit Dritten als innerer Geschäftsbetrieb erkennt. Hierfür ist ausschlaggebend, ob einer auf den Erwerb von wirtschaftlichen Vorteilen irgendwelcher Art gerichtete Geschäftstätigkeit vorliegt, mit anderen Worten, ob der Gewerkschaftsbund für das seinem Zweck nach enthaltene Arbeitstätigkeit ein Ergebnis holt, nicht auf die Erfahrung eines Entgelts aus geht. Es müssen mithin, wenn der Begriff des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes bejaht werden soll, eigenwirtschaftliche Vorteile erfreut werden. Die Vorteile, die die Gewerkschaftsmitglieder aus ihrer Zugehörigkeit zu dem Gewerkschaftsbund erzielen, sind aber nicht als Entgelt, das der Verein für seine Tätigkeit bezieht, anzusehen. Der Zweck dieses Gewerkschaftsbundes besteht gerade darin, die Interessen seiner Mitglieder in wirtschaftlicher, sozialer und ethischer Beziehung wahrzunehmen, d. h. ihnen nach jeder Richtung hin die Möglichkeit der Errangung besserer Lebensbedingungen zu verschaffen. Diese für die Mitglieder entstehenden Vorteile stellen jedoch in allgemeinen kein Entgelt für den Verein selbst dar und schaffen daher die Voraussetzung, daß die Gewerkschaft des § 3 Nr. 2c des Kapitalertragsteuergesetzes regelmäßig nicht aus.

Im Auftrag v. Baer.

Zur Planwirtschaft.

Das Zwangssystem, auf das unsere heutige Broterzeugung aufgebaut ist, wird sehr verzweigt betrachtet; jedoch dem Stand der politischen Parteien und auch nach den egoistischen Profitinteressen. Kein wirtschaftlich gesehener müsste diese Zustände aufs schärfste verurteilt werden und für die Dauer sind sie nicht erträglich. Wir haben eigentlich zwei Systeme: Bezirke, die sich selbst versorgen, Kommunenverbände und Bezirke, die sich nicht selbst versorgen können, welche durch die R. G. versorgt werden. Hier liegt schon eine große Verzerrung; entweder alles oder nichts von oben. Ist es der R. G. oder dem R. B. schon einmal möglich gewesen, alles Getreide plantmäßig zu erzeugen? Nein, im Gegenteil, das Schiebertum und Schwarzmachen ist hierdurch erst richtig zur Blüte gekommen. Der Hafer ist sehr gefährlich, weil er nicht zu habt wollte, sie verbrennt denselben aber nicht zu Futterzwecken, sondern zum Bühnen. Andere Körnerzüchtungen werden verbürtet, weil sie nicht so im Preis stehen und mit einer freien Wirtschaftsförderung haben, weil ja das Schiebertum heute einen ganz schönen Gewinn abwirft. Wollte man nun hier an die menschliche Moral appellieren und an Effizienz beworben, da muß die traurige Tatsache festgestellt werden, daß gerade das deutsche Volk noch nie auf solch niedrige Stufe gesunken ist als gerade jetzt. Hier müssen andere Wege gefunden werden, namentlich wir Proletarier müssen uns ganz entschieden gegen diese kapitalistische Wirtschaft wenden.

Was kostet das Mehl nach dem 1. Mai? Der Zuschwitt kommt für 100 Kilogramm 71 M. Zusätzlich bei 90 v. S. kommt hinzu 10 v. S. Verlust 7.10 M. und 10 M. Mühlelohn = 88.10 M. auf Kleie 1.50 M. 100 Kilogramm Mehl an Mühle 86.60 M., während der Bäcker dafür 219 M. zahlen muß. Den hohen Aufschlag nach dem 1. Mai begründet die R. G. damit, daß das reisende Auslandsgeschäft einschlafen ist mit festen Preisen und gedeckt werden muß. Aber außerdem erfordert die R. G. vom Steuer 1.500.000.000 Markbare Zulage. Ist dies Wirtschaftsförderung?

Zum neuen Wirtschaftsjahre müssen wiederum 40 Millionen Zentner Getreide eingerichtet werden, sie kosten bei dem Stand des jetzigen Dollar gleich 70 M. Die Septemberlieferung der Zentner, gleich 281.50 M. dazu kommen Frachten, Mühlelohn. Reichen wir auch schon damit aus? Wie der Brotpreis so bleibt? Ob es nicht noch anders kommt, da es nur mit neuem gedruckten Papier bezahlt werden kann; es ist aber nicht ausgeschlossen, daß die Mark auf 2 M. heraufgeht. Die 40 Millionen kosten nach dem jetzigen Stand des Dollar 104½ Millionen Mark. Hieraus ein anderes System entstehen, was für die Wirtschaftsförderung erträglicher ist, eine organisierte Wirtschaftsförderung.

Die Zwangswirtschaft hat sich überlebt, aber eine willkürliche Wirtschaftsförderung kommt mir auch nicht gutheißen. Die Landwirtschaft als Produzent des Getreides und die Bäcker als Erzeuger des Mehl müssen ungehemmt ineinandergehen können. Jede Mühle, die existenzfähig bleibt, will, um sich mit der Landwirtschaft verbinden und durch Lieferungsverträge ihre Mühle sichern, die ungefähr für den Jahresbedarf gebraucht werden. Die Preise müssen etwas steigen, aber ob das Brot wirklich teurer würde, als es jetzt der Fall ist? Es fielen dann die Frischbrotzähne weg, zweitens würde dann auch nicht soviel Käse gemacht, wo das Brot und Mehl 4.50 M. kostet, und nicht jemal verjossen werden. Die Mühlen werden versuchen, alle Getreidearten zu föhren und den Landwirten wird keine Gelegenheit gegeben, etwas hintenherum zu verkaufen, weil ja im Durchschnitt der gleiche Preis gezahlt wird. Das Inlandsgeschäft wird ebenfalls nicht ausreichen.

Mühlen, die ihren Bedarf an Inlandsgeschäft nicht decken können, müssen dann Auslandsgeschäft laufen, da das aber bedeutend teurer ist, würde das Mehl ungünstig im Markt sein. Nun kommt nun es den Mühlen vom Fleiß ruhig etwas teurer zu standhalten abgedient, weil es an Qualität besser ist. Ausgleich ist dann schon im Mehl die Konkurrenz. Anzahl der Brotarten muss dann den Bäcker auf jedem Brot eine Steuermarke liefern, die dann zum Gedanken der Defizita führt. Nicht nur das Brot, vor allem auch Brot und Beigebäck muss mit einer Steuermarke versehen werden. Seine ist es so, daß der Proletarier das ganze Auslandsgeschäft bezahlen muss, weil es auf dem Brotmehl aufgetragen ist und die Schieber, Schlemmer und Selbstversorger das schöne Weißbrot, Kuchen und Torten essen, welche abgeliefert werden soll. Auf dem Lande ist noch niemals soviel Käse gebäckt worden als momentan. Vieles Gebäck, welches verbraucht wird, ist es wo es ist, muß zum Ausgleich beitragen. Nicht diejenigen, die nur Brot essen, sollen diesen Zugus bezahlen. Weg mit der Brotkarte und her mit der Steuermarke, aber keine Staatssteuer, sondern Ausgleichssteuer. Den Brotkarten ist hier eine Gelegenheit gegeben, für die Allgemeinheit zu wirken. Unsere Wirtschaft muss organisiert werden, aber auf einer anderen Grundlage, als dieser bisherigen bürokratischen. Derjenige erweist der Allgemeinheit einen hohen Dienst, welcher den Weg zeigt, der empfohlen zum Sicht; ein jeder hilft den Weg finden, auf welchem wir Proletarier am ehesten unser Ziel erreichen.

Dessau.

Meinhartdt.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Warnung für die Börse. — Der englische und amerikanische Markt. — Die Bedrohung der Dividendenverteilung. — Preisabbau ist nötig. — Brotversorgung.

S. Die Siebziger, zu der die Spekulation an der Börse angefaßt ist, dampft trock oßer verständigen Bemühungen maßgebender Bankkreise nicht ab. Es hat ein gewisses Aufsehen erregt, daß der Direktor der Deutschen Bank Montevideo in sehr düsteren Farben die kommenden Ereignisse schreibt, sogar von einer fürchterlichen Krise sprach, von der die Welt bedroht sei. Über das Treiben ist nicht aufzuhalten. Für eine kurze Zeit wurde die Börsenspekulation ständig, denn die Warnung von dieser Stelle hatte schon etwas zu bedeuten; aber für die Dauer längt es nicht; ein kleiner Absturz im Kurs, dann eine Festigung und wieder geht es aufwärts.

In der Tat deuten Erscheinungen in allen Industriestädten darauf hin, daß leider von einem ruhigen Aufstieg der Wirtschaftsentwicklung nicht gerebet werden kann; sondern schwere Rückungen den ganzen Körper abermals durchzittern und entkräften. Wiede George, der englische Premierminister, hat auf einem Besuch gleichfalls auf das Unbehagen der Weltwirtschaftslage hingewiesen. Er sprach davon, daß die Zeit des geschäftlichen Aufschwungs vorüber sei. Die vergangenen Jahre kommen. Weder ihrerseits, dass ist ungemein, aber sie kommen, und zwar unaufhaltsam. Der Zustand sei ein unheilvoller, er erfasse alle Länder, den sozialistisch regierten Ländern gehe es genau so schlecht, wie den nichtwürdig individualistisch regierten.

Natürlich wäre es sehr verfehlt, mit verschrankten Armen den kommenden Ereignissen gegenüberzustehen. Die amerikanischen Kapitalisten gehen denn auch mit eigenem Verständnis an die Milderung der Krise heran. Sie suchen den Markt aufnahmefähiger durch eine Senkung der Warenpreise zu machen, und England ist auf dem Wege, hier zu folgen. Die Preisentgelungen sind sehr erheblich; es mögen nur einige wichtige Waren hier angeführt werden. Von dem Stückpreisstand im März dieses Jahres bis zum Heidentag sind in Amerika die Preise für Baumwolle um 58, Kaffee 50, Weizen 20, Mais 52, Schweinefleisch 32, Schmalz 35 Proz. gesunken.

Was geschieht nun bei uns? Die Preise für alle Waren steigen weit über den Märknoterungen und die große Disposition der Träume, von der die Herren Bernhard und Ruthenau vor Kurzem vor dem Gewerkschaftstag der Gewerkschaften schwärmen, kommen gerade zur rechten Zeit, um die Preisentgelungen aufzuhalten und die Profitrate zu steigern. Das wilde Treiben des Handels und der Industrie, alle Warenpreise weit über das erträgliche Maß zu bringen, die Marktlage struppellos auszunehmen, ohne Rücksicht auf die Kaufkraft der großen Massen, hat die volle Erfüllung des Innernmarktes aufgehoben. Wäre die Preisbildung auf dem Warenmarkt in engen Grenzen gehoben, wir ständen vor einem viel gefestigteren Wirtschaftsleben, das der Konkurrenz auf dem Weltmarkt mehr stand halten könnte. Wenn sich auch diese deutsche Konkurrenz bei dem ungünstigen Stand der Währung gut verschrankt hat und hier manches vorause hat gegenüber dem Ausland, so wird das Unstimmige, die Preise für deutsche Waren im Inland an die Höhe des Auslandsmarktes zu bringen, erst jetzt voll in die Erscheinung treten. Eine Senkung der Preise auf dem Auslandsmarkt durch die amerikanische und englische Konkurrenz kommt bei unseren Warenpreisen infolge der entwerteten Währung um das Vierzehn bis Sechzehnfache zur Wirkung.

Die hohen Warenpreise haben im Lande selbst die Produktionskosten gesteigert, denn der Lohn mußte die Arbeitsverdienstfolge folgen. Und kann nicht einmal in der Wirtschaftsförderung das Empfinden ausgelöst werden, daß sie im gerechten Maße ihrem Anteil erhalten hat. Im Gegenteil, die steigenden Dividenden, die den Aktionären der großen Industrieunternehmungen geboten wird, muß ein Gefühl der Enttäuschung und Unzufriedenheit hervorrufen. Wenn jetzt der Wirtschaftsminister Schatz ankündigt, daß man diese Dividendenabschaffung eindämmen will, so heißt das wirtschaftspolitisch von einer nicht wirkungsvollen Stelle den Hebel einzusehen.

Was wir brauchen, ist die Sanierung der Warenpreise und damit die Erweiterung der Aufnahmefähigkeit des Marktes. Hier muß der Angriff auf die Industriepolitik einsetzen. Die Bekämpfung der Dividenden treibt nur die Gewinne in andere Kanäle, es sei denn, daß die ganze Bilanzaufstellung unter staatliche Kontrolle kommt. Wenn aber etwa nur der Erfolg ein finanziell-politischer sein soll, um augleich erschreckend gegen hohe Dividendausschüttung zu wirken, so ist uns damit nicht ge-

dient, ganz abgesehen davon, ob mit einer Besteuerung der Zweck erreicht wird. Wir müssen zum Preisabbau kommen. Der wird nicht anders zu erreichen sein, als daß Organisationen, wie der Eisenwirtschaftsbund, unter strenger Kontrolle mit ihrer Preissteigerung kommen und in anderen Industrien eine ähnliche Bindung durchgeführt wird. Allerdings laufen die bürgerlichen Parteien gerade jetzt Sturm gegen die Unterstellung der Industrie unter eine Preiskontrolle, die vom Reichswirtschaftsministerium auch nicht mit großer Entschiedenheit festgehalten wird. Herr v. Kettlitz hatte sich erst vor kurzem im volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages mit grohem Nachdruck dagegen gewandt, daß bei der Festlegung der Außenhandelsabgabe die Industrien eingehende Rätselkulationen vorlegen sollen über ihre Selbstkosten in der Produktion. Das Ministerium ist vor diesem Drängen schon stark zurückgewichen; die Preiskontrolle bleibt unter solchen Umständen wirkungslos, da wir ohne scharfen Zugriff zu keiner einwandfreien Preisbestimmung kommen.

Das Uebel unserer Lage ergibt sich auch, wenn wir die Überlegenheit der amerikanischen Produktion betrachten. Nach den Feststellungen über den Stand der Kohlenproduktion ist ein überraschender Aufstieg zu verzeichnen. Während wie in der Steinkohlenproduktion in diesem Jahre noch mit einer Minderförderung von ungefähr 60 Millionen Tonnen gegen die Jahre vor dem Kriege abschließen werden, verzeichnet der amerikanische Bergbau bereits einen starken Aufstieg über die Fördermenge vor dem Kriege. Man berechnet, daß Amerika auf eine Steinkohlenförderung von 555 Millionen Tonnen kommen wird, gegenüber 460 Millionen Tonnen vor dem Kriege. Die Folge ist, daß Amerika bereits stark den europäischen Markt versorgt und auch England immer mehr zurückdrängt wird, dessen Fördermenge in Steinkohlen noch nicht auf die Leistung vor dem Kriege hinaufgekommen ist, also unter denselben ungünstigen Druck der Kohlenproduktion steht wie Deutschland.

Die trostlose Finanzlage des Reiches ist uns wieder einmal durch die Rebe des Direktors der Reichsbank, Hohenstein, plattisch vor Augen geführt worden. Seit dem April vorigen Jahres ist die schwedende Schuld um 52,8 Milliarden erhöht worden und erreicht nun die Höhe von 146 Milliarden. Das neue Kabinett hat mithin das weitere Hinabgleiten in die Schuldenwirtschaft nicht aufhalten können, und die Herren der Deutschen Volkspartei haben auf ihrem Parteitag eine Erklärung für diesen ihren Misserfolg nicht abgegeben, obwohl sie mit viel Begehrnis bisher die sozialdemokratische Wirtschaft für das Anwachsen der Schuldenlast verantwortlich machen. Mit Recht verlangte Hohenstein, daß unsere passive Handelsbilanz verschwinden müsse, wenn wir zu einer Besserung der Balala kommen wollen. Der Zustand, daß die Einfuhr die Ausfuhr monatlich um 5 bis 6 Milliarden übertreibt, bringt uns in eine furchtbare Situation. Dazu die Kosten der Bevölkerung, die monatlich gegenwärtig 6 bis 7 Milliarden betragen. Sie treiben uns an den Rand des Abgrundes. Die Zwangsanleihe, die der Reichsbankpräsident fordert, gegen die nichts einzutreten ist, hilft auch nur wenig, denn sie verschafft nur das Schuldloko. Es muß versucht werden, daneben das Motopfer schnell hereinzubekommen.

Gehr aufstellend ist übrigens, daß wir bei der Verrechnung unserer Vorratschulden mit England und Frankreich und der Geltendmachung deutscher Forderungen so sehr ungünstig abschneiden. Die Forderungen, die von der anderen Seite angemeldet wurden, nötigten uns in den drei letzten Monaten, 2½ Milliarden Mark zu leisten, da unsere Gegenansprüche um diesen Betrag zurückließen. Sicher liegt hier auch wieder eine Nachlässigkeit der Finanzverwaltung vor, die nicht rechtzeitig die deutschen Forderungen anmelden konnte, weil sie mit ihren Arbeiten weit zurück war. Auf diese Art können wir nicht vorwärtskommen.

Auf dem Lebensmittelmarkt gibt die Bruttoversorgung noch immer zu großen Beschrifungen Anlaß. Die Absicherung von Brotgetreide kommt nicht in die Höhe; ohne eine erhebliche Einfuhr ständen wir schon vor dem Nichts. In einem Aufruf wandten sich 20 Vertreter der Landwirtschaft aus allen bürgerlichen Parteien an ihre Bezirksskollegen, um ihnen den Ernst der Lage zu unterbreiten und an die Absicherungspflicht zu appellieren. Solche Aufrufe verhallen ohios, und wenn sich das Ernährungsministerium nicht aufstellt und schärfere Mittel zur Entwicklung in Anwendung bringt, so kommen wir immer weiter in das Desastre hinein. Es gibt kein anderes Mittel, als wieder Durchholzen in größerem Umfang auszurüsten, zwangsweise auszudreschen und die zurückgehaltene Frucht herauszuholen. Leider ist in diesem Jahre schon mehr als je in den Schlechthandeln gegangen, so daß wir nur mit großer Sorge der künftigen Brotversorgung entgegensehen.

Bemerkungen im Berufe.

Mühlen.

Crossheim: Verbindlichkeitserklärung eines Schiedsspruchs. Der am 28. Oktober 1920 vor dem Schiedsausschuß in Heilbronn für das Mühlengewerbe von Crossheim und Umgebung abgegebene Schiedsspruch wurde vom Württembergischen Arbeitsministerium für verbindlich erklärt. Die in Frage kommenden Mühlensbetriebe sind zur Anerkennung dieses Schiedsspruchs gesetzlich verpflichtet. Die Mühlensarbeiter müssen dafür sorgen, daß die Bestimmungen des Schiedsspruchs auch durchgeführt werden. Sollten Mühlensarbeiter der Durchführung des Schiedsspruchs Schwierigkeiten bereiten, dann wollen die Kollegen den Bezirksleiter sofort Mitteilung machen.

A. Holzfurthner, Ulm a. D., Friedrichstr. 2

Korrespondenzen.

Berlin: Am 11. Januar fand eine außerordentliche Generalversammlung statt. Tagesordnung: Stellungnahme zur Urabstimmung über die Erhöhung der Beiträge und Unterstützungsätze. Hodepp teilte mit, daß der Vorstand der Zahnstelle sowie auch eine stattgefundene Vertrauensmännerversammlung sich dem Antrag des Beirats angegeschlossen habe. Sie empiehlt der Generalversammlung, die

Mitglieder dazu aufzufordern, bei der am Sonntag, 16. Januar stattfindenden Urabstimmung einstimmig für die Beitragserhöhung zu stimmen. Von allen Diskussionenrednern wurde — von einer Ausnahme abgesehen — ebenfalls den Anwesenden empfohlen, für die Erhöhung zu stimmen. Gegen 20 Stimmen wurde von den zahlreichen Erschienenen dem Antrage des Vorstandes und der Vertrauensmänner zugestimmt. Den Mitgliedern wurde empfohlen, bei der Urabstimmung für die Annahme zu stimmen.

Nachdem gab Schmitz das Ergebnis der freiwilligen Sammlung in den Betrieben bekannt, wodurch den arbeitslosen Mitgliedern der Zahlstelle außer den zu diesem Zweck bewilligten Geldern des Hauptvorstandes sowie der Lokalkasse zu Weihnachten noch eine Extraunterstützung gewährt werden konnte. 30 209 M. sind eingegangen. Dadurch war die Ortsverwaltung in der Lage, jedem arbeitslosen und invaliden Mitglied außer der schon vorgeführten Summe noch extra 80 M. zu geben.

Braunschweig: Am 8. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Eingangs erklärte die Versammlung: das Abinden des verstorbenen Kollegen Happe durch Erheben von den Plänen. Kollege Maag erstattete den Jahresbericht; er brachte zum Ausdruck, daß die schwere wirtschaftliche Lage keine Milderung erfahren habe. Wenn die Kollegen auch im Laufe des Jahres in der Lage waren, ihre Einnahmen zu erhöhen, so können wir sagen, daß wir keinen Schritt weitergekommen sind. Von dem Ersparnisminimum sind wir bei Eintreten in dies neue Geschäftsjahr weiter entfernt, als bei Eintreten in das verflossene Geschäftsjahr. Ob die wirtschaftliche Lage im Laufe dieses Geschäftsjahres eine Besserung erfahren wird, steht noch dahin. Alle Anzeichen deuten nicht dahin. Große Abwehrkämpfe stehen uns bevor; denn man will anfangen abzubauen, und zwar will man dort zuerst anfangen, wo man zuletzt aufgebaut hat, nämlich bei den Löwen. Diese Abwehrkämpfe leichter zu überstehen wäre es vor allen Dingen notwendig, die Wege der Versöhnung innerhalb der Arbeiterschaft zu ebnen. Dazu gab Kollege Maag den finanziellen Bericht, der mit einer Einnahme für die Hauptkasse von 54 801,60 M. und mit einer Ausgabe von 35 067,72 M. abschloß. Mit die Hauptkasse sind somit 19 733,88 M. abgesandt worden. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 11 046,25 M. und eine Ausgabe von 7939 M. Bestand am Schlusse des Geschäftsjahrs 6189,85 M. Sehr gefreut hat unsre Mitgliederbewegung, und zwar ist dies auf die Stilllegung von drei Brauereien zurückzuführen gewesen. Von den stillgelegten Brauereien wurden 200 Kollegen betroffen, davon haben sich 86 ganz abfinden lassen, 114 sind mit zu den anderen Brauereien gegangen. Diese Abfindungssumme betrug im ganzen 276 631 M. Die Kollegen suchten sich zum Teil gleich andere Arbeit, fanden auch solche und muhten, nachdem sie kurze Zeit gearbeitet hatten, zu den zuständigen Organisationen überzutreten. Hieran sollten sich unsere Kollegen ein Beispiel nehmen, denn wir haben auch noch einen ganzen Teil Kollegen in unseren Betrieben, die es immer noch nicht für nötig halten, zu uns überzutreten, aber am meisten über unsre Tätigkeit mögeln. Die Vorstandswahl ergab eine Wiederwahl des gesamten vorjährigen Vorstandes. Über die Beitragserhöhung wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die heute, am 8. Januar, in „Stadt Helmstedt“ tagende Generalversammlung nimmt zu der am 16. Januar zur Urabstimmung kommenden Beitragserhöhung Stellung. Die Versammlung ist der Ansicht, daß man nicht nur durch Beitragserhöhung allein das kapitalistische System bekämpfen kann. Die Versammlung verlangt, daß man der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse mehr Rechnung trägt und ersucht den Hauptvorstand, sich so schnell wie möglich von den Arbeitsgemeinschaften zu trennen. In der Erwartung, daß dies geschieht, stellt die Versammlung alle weiteren Bedenken zurück. Die Versammlung ist sich voll und ganz der Tragweite bewußt, die eine Ablehnung der Beitragserhöhung in sich birgt. Sie stimmt daher aus Anerkennung der Notwendigkeit der Beitragserhöhung zu und wird sich bei der Abstimmung für diese einsetzen.“

Unter Verschiedenes entspannt sich eine Debatte über den Zusammenschluß aller Nahrungs- und Genussmittelarbeiter, über deren Notwendigkeit sich kein Kollege mehr im Zweifel war, ja, er sei noch notwendiger als die Beitragserhöhung, und es wird endlich einmal in dieser Ansicht Gelegenheit etwas getan wird. Nachstehende Entschließung kam zur einstimmigen Annahme:

„Die am 8. Januar tagende Generalversammlung der Zahlstelle Braunschweig erachtet den Hauptvorstand unverzüglich Wege zu ebnen, die zum Zusammenschluß aller Nahrungs- und Genussmittelarbeiter führen. Die Versammlung ist sich wohl bewußt, welche Schwierigkeiten sich diesem entgegenstellen, doch müssen diese der zwingenden Notwendigkeit halber überwunden werden. Die Versammlung beantragt ferner die Ortsverwaltung, sich mit den in Frage kommenden Verbänden in Verbindung zu setzen, nichts unverhübt zu lassen, was zum Zusammenschluß eines Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverbandes führt.“

Im übrigen sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß die Versammlungen in Zukunft besser besucht sein können, auch die Generalversammlung ließ zu wünschen übrig. Natürlich wäre eine Lohnherhöhung auss. Tapet gekommen, hätte man vielleicht, ja vielleicht noch mehr Interesse gezeigt. Auch wäre zu wünschen, sich mehr Sachlichkeit in der Versammlung anzueignen.

Hamburg: In der Versammlung am 20. Dezember wurde eingangs des verstorbenen langjährigen Vorsitzenden des Gewerkschaftsbundes, Karl Begien, in eindrücklicher Weise gedacht. Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab Dregler den Bericht über die drei letzten Versammlungen des Ortsausschusses, der bezüglich der kommunalpolitischen Kritik in den Gewerkschaften zu einer recht lebhaften Diskussion führte. Ein Vortrag des Kollegen D. der forderte, daß der diesbezügliche Beschluß des Ortsausschusses rückgängig gemacht werde, wurde, da die Resolution des Ortsausschusses gegen wenige Stimmen Annahme fand, abgelehnt. — Hohlem berichtete, daß die erweiterte Verbandsbeiratssitzung beschlossen habe, über den in Nr. 52 der Verbandszeitung veröffentlichten Beschluß zwecks Beitragserhöhung eine Urabstimmung stattfinden zu lassen. Die Versammlung bringt zum Ausdruck, daß für die Zahlstelle Hamburg die Urabstimmung über die Beitragserhöhung nicht notwendig sei, da hier die in der Vor-

lage vorgelesenen Beiträge schon seit einiger Zeit bezahlt werden. Die Versammlung bedauert den Besluß des Beirates auf Urabstimmung; dieser hätte sofort eine Beitrags erhöhung beschließen müssen.

Kaufleute: Die Jahresversammlung am 9. Januar erfreute sich eines sehr zahlreichen Besuchs, denn der letzte Kollege, dem es möglich war zu erscheinen, erfüllte seine Pflicht. Der Vorsitzende, Kollege Brey, wies in seinem Jahresüberblick auf die reiche Arbeit hin, welche die Organisation im abgelaufenen Jahr zugunsten seiner Mitglieder geleistet hat; das ist aber nur möglich gewesen, weil sich die Leitung bewußt war, gewerkschaftlich geschulte und gut disziplinierte Kollegen hinter sich zu haben. Kollege Brey betonte noch besonders, daß das abgelaufene Jahr auch von manchen Enttäuschungen, besonders auf politischem Gebiete, sehr reich war. Das neue Jahr wird uns noch vor größere Aufgaben stellen, und die zu lösen ist die Einigkeit der Kollegen notwendig. Die Befreiung im Braugewerbe war hier eine gute. Das Funktionieren der Betriebsräte war ein gutes. Der gesamte Ausschuss wurde einstimmig niedergewählt und erklärte auch im neuen Jahr die Interessen der Kollegen zu wahren. Die Beitragserhöhung wurde einstimmig für notwendig erachtet mit dem Hinweis, auch den Gewerksprechern dementprechend ihre Gehälter zu erhöhen. Mit dem Appell: Kollegen, erhalten das Errungene der Organisation, schloß Vorsitzender Brey die gutbesuchte Versammlung.

Koblenz: Raum darf unsre Lohnbewegung zu Ende ist, die aller erwachsenen Arbeitern eine Lohnauflösung vor 35 M. pro Woche gebracht hat, was allerdings lange noch nicht der Preissteigerung der letzten Monate entspricht, glauben einige Kollegen hinter dem Rücken der Organisation. Zersplitterung und Unreinheit in die Reihen der Kollegen tragen zu müssen. Das Bestreben der Bierfahrer, den gelernten Arbeitern gleichgestellt zu werden, hat es einigen Jüngern, die in der Versammlung den Platz nicht hatten, ihre Stellungnahme zu begründen — angetan, die Geschlossenheit der Organisation am Platz zu sprengen, und in Geheimkonzerten gegen die örtliche Verbandsleitung Stellung zu nehmen. Ein Kollege A. der Klosterbrauerei, der früher selbst Agitator für die Einheitsorganisation, dem Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter, war, glaubt die Zeit für gekommen, um für eine Handwerkerorganisation in den Brauereien in die Arena treten zu müssen. Dass er heute in dem materialistisch veranlagten Zeitalter Anhänger auch in anderen Betrieben findet, ist verständlich, aber ebenso verwerflich, um so mehr als der Beweis erbracht ist, daß nur durch die Geschlossenheit der Kollegen es möglich war, auf in dem Lohngebiet des Mittelrheins einigermaßen auskömmliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen.

Ist denn die Kollegen nicht mehr im Gedächtnis, daß gerade durch die Unreinheit und der Zersplitterung in den Reihen der besseren Kollegen es ja schwer gehalten hat, vor dem Kriege nur im entfernten die Interessen der Kollegen zu wahren? Dass Kollege J. gerade in dem Betrieb, wo er beschäftigt ist, einen glatten Reinfall mit seiner Zersplitterungsaktion erfahren hat, dürfte den Kollegen in den anderen Betrieben der beste Beweis sein, wie wenig J. es verstanden hat, das Vertrauen der Kollegen in ihrer Organisation, dem Verband der Brauereiarbeiter, zu erschüttern. So lange J. Vertrauensmann auf der Klosterbrauerei war, schien er Feuer und Flamme für unsere Sache zu sein, als die Kollegen ihm das Vertrauen entzogen haben, versucht er die Aktionskraft mit seiner Zersplitterungsarbeit zu zertrümmern. Früher Vertrauensmann unseres Verbandes, gründete er jetzt eine Zahlstelle des Käferverbundes und sucht nach obenrecht unter den Handwerkern Unreinigkeit zu seien. Gleich der Kollege J. mit seinem Anhang nicht ein, wie er sich und die übrigen Kollegen damit schädigt? Soll das die Handlungswise eines überzeugten Gewerkschaftlers sein, der er zu sein vorgibt? Nein, Kollegen, die so handeln, müssen als Arbeiterverräter gebrandmarkt werden. Außerdem ist allgemein die Auffassung verbreitet, daß die Zersplitterungsversuche von anderer Seite ausgehen, und daß sich die Kollegen nur als Werkzeuge gewisser Herren gebrauchen lassen. Wer die Verhandlungen in Koblenz öfters verfolgt hat, wird wissen, daß gewisse Brauereidirektoren mit dem Hinweis, daß den Handwerkern ein höherer Sohn zustehe als den Bierfahrern, die Triebfedern dieser ganzen Aktion sind. Gerade die Verteilung der Weihnachtsgeschenke auf der Königsbrauerei, bei der man die Handwerker besonders bedachte, bestärkte uns in unserer Auffassung. Darum, Kollegen von Koblenz und Umgebung, lauft nicht diesen Arbeiterzersetzer nach, gerdet der Worte: Vereinigt bilden wir eine Macht, zerstreut sind wir nichts. Halte fest an eurer bemühten Organisation, dem Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter, im Interesse eurer selbst und eurer Familien.

Ein Kollege der Klosterbrauerei.

Marienwerder: Am 7. Januar fand die Generalversammlung statt. Im Punkt 1 gab der Kollege Beiratsmitglied einen kurzen Rückblick auf das vergangene Jahr, und der Kassierer Kollege Schulz erstattete den Kassenbericht. Über die Lage der Industrie und die politischen Anliegen der Gewerkschaften sprach Kollege Bienkowski-Danzig. Ferner erstattete er Bericht über die Beiratssitzung in Würzburg. Hauptstücklich kam die Beiratssitzung und die Versammlung zu einem Lebens- und Genussmittelindustrieverband zur Debatte. Mit der Beitragserhöhung waren die Kollegen bis auf einzelne einverstanden und bereit, am 16. Januar mit „Ja“ zu stimmen. Die Versammlung, der in Frage kommenden Verbände wurde als sehr wichtig und dringend angesehen, und einstimmig wurde folgende Resolution an den Hauptvorstand eingegeben: „Die heute, am 7. Januar, im Hospiz tagende Generalversammlung nimmt durch Kollegen Bienkowski Kenntnis von der vom Hauptvorstand eingesetzten Verschmelzung zu einem Lebens- und Genussmittelindustrieverband. Mit der Stellungnahme des Beirats ist die Versammlung völlig einverstanden. Diese hofft, doch sich der Hauptvorstand weiter mit der Frage beschäftigt und diese noch kräftig fordert.“ Trotzdem die Kollegen dem alten Vorstande ihr Vertrauen und den Platz für gute Geschäftsführung ausprachen, legten der Vorsitzende Kollege Janke und der Kassierer Kollege Schulz ihre Lemter nieder. Mit Bedauern nahmen dies die Kollegen zur Kenntnis. Die neu gewählten Kollegen gelobten, ihre Kräfte nach bestem Wissen und Können zur Verfügung zu stellen.

Rosenheim. Die am Sonntag, den 19. Dezember 1920, im Sternbräu in Rosenheim stattgefundenen Mitgliederversammlung, in welcher ein großer Teil Kollegen aus allen Lebensmittelverbänden vertreten waren, verlangte in einer Resolution von ihren Hauptvorständen, daß die schon längst erachtete Verschmelzung aller Lebens- und Getreidemittelverbände in einem Nahrungsmittelindustrieverband baldmöglichst in die Tat umgesetzt wird, da gerade wir in den Brauereifabriken und Landwirtschaften das größte Interesse daran haben, da die kleinen Betriebsteile mit ihren weit entfernten einzelnen Mitgliedern in bezug auf Käffchen, Agitation, Tarifabschlüsse und ungezählte andere Vorteile dafür sprechen. Es soll die Angestelltenfrage, Wohnungsangelegenheit, kein Hindernis eines so schreienenden Bedürfnisses sein.

Neteren-Torisch. (Generalversammlung.) Eingangs gedachte der Vorsitzende in kurzen Worten unseres verstorbenen Führers Karl Legien. Die Abrechnung für das 4. Quartal erstattete der Kassierer Kollege Schütter, hierauf entpuppte sich eine längere Debatte über die am 16. Januar stattfindende Wiederwahl. Der Wahlvorstand wurde zuerst gewählt und Zeit und Ort für die Wahl bestimmt. Nach Wahl des gesamten Vorstandes wurde auf Antrag des Vorsitzenden beschlossen, diesen für jeden Verhandlungstag, wenn gebraucht werden muß, 10 M. zu entschädigen. Ein Antrag, daß die Betriebszeitung von der Lokalpost bezahlt werden soll, wurde abgelehnt, weil das Sachen des Gewerkschaftsvertrags ist.

Rundschau.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Die Erfordernisse der zentralen Sozialforschungsschäfte sind endgültig und bindend und begründen einen einklagbaren Rechtsanspruch. So entschied der Staatskommissar für wichtige Demobilisierung in Hessen. Es handelt sich um eine Streitigkeit der Südwarentarifverträge in Frankfurt. Der bezirkliche Sozialforschungsausschuss hatte entschieden, daß die Arbeitgeber der Südwarentarifverträge den Tariflohn der chemischen Industrie zu zahlen haben. Als trotz der Entscheidung des Bezirksforschungsausschusses, die Arbeitgeber den Tariflohn nicht zahlten, wurde der zentrale Sozialforschungsausschuss angefordert, der diese Entscheidung trug, wie der Bezirksforschungsausschuss. Trotzdem zahlten die Arbeitgeber den Tariflohn nicht. Um ganz sicher zu gehen, wurde der Demobilisierungskommissar angewiesen, um den Schiedsgerichts für verbindlich zu erkennen. Am 1. November 1920 erteilte dann der Demobilisierungskommissar folgende Anordnung:

„Auf Ihren Antrag vom 25. Oktober obigen Beitrags erwidere ich, daß die Entscheidung des Zentralforschungsausschusses Berlin, der bereits schon als höchste Instanz feststeht, nach § 14 des Tarifvertrages für die chemische Industrie für den Bereich Hessen-Rhein und Westfalen Hessen ab 1. Februar 1920 endgültig entschieden, hat, so daß sich eine Verbindlichkeitserklärung meinerseits erübrig. Der vom Zentralforschungsausschuss in Berlin am 15. Oktober 1920 gegebene Schiedsgerichtsbeginn begründet damit einen einklagbaren Rechtsanspruch.“
J. B.: ges. Dr. Bernheim.

Verbandsnachrichten:

Verbandsversammlung, Schellen und Expedition der Verbands-Zeitung, Berlin Q. 27, Schäfferstr. 6 IV. Samstagvormittag 27.12.

Diese Woche ist der 4. Wochenbeitrag fällig.

Mitteilungen der Hauptverwaltung.

Beamer gefügt.

Infolge Ablebens des Kollegen W. Großjus ist dessen Stelle neu zu besetzen. Kollege Großjus war in der Zahnärztlichen Berlin im Innern- und Außen Dienst tätig.

Bemerkt, die sich diesem Posten gewachsen fühlen, mögen bis spätestens den 5. Februar 1921 ihre Bewerbungen senden an den

Verbandsvorstand Berlin Q. 27, Schäfferstr. 6 IV.

Wohlfahrtspfleger gesucht?

Sie meinen darum hier, daß während des Untersuchungsauftrages die jenerdings möglichen Beiträge gesetzlich werden müssen und daher von der Unterbringung in Abzug zu bringen sind (§ 8 Absatz 1 des Statuts). Es ist daher ungetheilt, während des Beuges von Unterbringung Erwerbsopferunterlagen zu liefern.

Abreißblätter:

aus der Organisation wurde auf Antrag der Zahnärztlichen Vereinigung der Rückverarbeiter Gustav Rohr, geb. 23. November 1868 in Langen, eingetreten am 1. Dezember 1918 in Frankfurt.

Gute Schüler,

Brauer, von Wiesbaden, geb. 1885, eingetreten 20. November 1910 in Landshut, hat 61,30 M. Unterhaltung zu überlast erhalten und als Rechenschaftsamt der Zahnärztlichen Verein in S. Walter aus Wiesbaden herausgenommen und anderweitig verwandt. Wer geht auf ihn? Sein jetziger Aufenthaltsort soll sein bei dem Berichter, Burg Seeburg, Kreis Langenselk.

Geschäftsbücher.

Fatistische, bei Einrichtung der neuen Warten, 50 Pf. f. J. für die 1., 2. und 3. Beitragsstufe 1 M., 4. Beitragsstufe 50 Pf., 5. Beitragsstufe 10 Pf.; Rentner 20 Pf. pro Woche.

Staatsarchiv

wurde beauftragt:

1. Bei Geschäftspapieren resp. Urkunden sämtliche Unterschriften begleitet waren.

Schrift 40 Pf., Notarf 40 Pf., Geri 40 Pf., Partei 40 Pf., Schreiber 40 Pf., Schreibe 40 Pf.

2. Bei eingangsamt freigefürt (Brieft über 20 Gramm bis 250 Gramm Kosten 60 Pf., über 250 Gramm müssen entweder als zwei Briefe oder als Paket geführt werden).

Neujahr 40 Pf., Kauflow 40 Pf., Reiher 60 Pf., Burgen 40 Pf., Einbeck 40 Pf., Stettin 60 Pf., Hildesheim 80 Pf., Ratibor 40 Pf.

Der Verbandsvorstand:

Eingänge der Hauptkasse

vom 10. bis 15. Januar.

Kolberg 1020,99; Stendal 723,65; Homburg i. Pfalz 1047,90; Eberswalde 926,45; Straßburg 641,15; Hannover 173,10; Sonderhausen 683,95; Remmingen 1750,66; Ratibor 63,10; Coblenz 7,-; Künzelsau 16 773,73 und 282,96; Beimar 6,-; Lüttungen 2264,-; Landsberg 3051,85; Neustadt a. d. S. 1150,57; Orteilsburg 402,90; Erlangen 601,95; Rosenheim 2407,-; Greifswald 478,60; Prüm 1586,10; Gardelegen 889,70; Reichenbach 1351,20; Marienwerder 306,65; Leobschütz 1676,10; Budow 75,-; Darmstadt 200,-; Rautenkranz 1313,55; Leuenburg i. Pommer 558,70; Löwenburg 143,61; Teist 3794,82; Waldshut 469,80; Rothenburg o. T. 509,-; Lüneburg 6,-; Nordhausen 3014,91; Lötzen 1911,-; Freibord 144,25; Cottbus 1615,41; Schönbed a. d. E. 1840,45; Breslau 487,40; Bremerhaven 466,35; Spittal 97,50; Arnstadt 1301,45; Stade 762,70; Eisenach 314,14; Apolda 948,86; Salzwedel 645,85; Wittenber 20,-; Halle a. d. S. 8454,10; Bregenz 235,13; Weissenfels 1393,31; Lüdenscheide 142,32; Boizen 15,-; Briesen 521,35; Überholzau 269,-; Andernach 1120,70; Bonn 2424,44; Hünsteinweide 750,40; Bamberg 2345,05; Baruth 461,15; Lüdersleben 439,17; Stargard i. Pommer 1163,60; Heidenheim 652,45; Hadmersleben 1233,07; Röslau 1588,-; Belgard i. Pommer 232,07; Uelzen 600,76; Unterweißbach 509,77; Salzungen 456,59; Bürgel 4670,85; Hof 3717,95; Tempel 3352,9; Buchum 400,-; Gorlitz 631,95; Oldenburg 465,22; Cüstrin 615,55; Bernburg 861,60; Dresden 11 264,50; Lüdersleben 1087,30; Thüring 374,57; Pfungstadt 1948,51; Dresden 76,80; Röma 1163,45; Berlin 24,-; Sorau 198,15; Sprenberg 204,80; Bernreuthen 140,45; Lempin 7,15; Halle a. d. S. 830,-; Dresden 246,60; Gießen 865,-; Wörnitz 716,80; Gleisberg 2395,55; Trepow 9,11,-; 10; Greifswald 600,-; Rostock 1468,55; Bützflede 612,13; Gadebusch 670,60; Radolfzell 1250,-; Au-Wertheim 1371,10; Oranienburg 857,70; Rorden 617,56; Eisenberg 1635,95; Bassau 1749,95; Artern 1225,49; Jena 1048,88; Waldburg i. Sch. 1016,86; Blumen i. B. 682,40; Hammelburg 10 659,25; Güters 239,10; Rüsenheim 6,-; Cassel 31,-; Schon 450,-; Osterburg 6,-; Döbeln 636,-; Glauchau 968,25; Schmied 224,40; Stolp i. Pommer 1161,95; Greiz 1511,95; Mühlrose 798,60; Traunstein 1236,25; Breslau 2689,95 und 12 252,55; Leipzig 6074,79; Elster a. d. Nuthe 917,48; Uelzen 6,-; Greifswald 6,30; Berlin 725,- M.

Materialverkauf:

(Q = Mitgliederarten, S = Mitgliedsbücher. Der Wert der Feiertagsmarke ist in Rittern [= 50 min.] angegeben.) Rosenheim 2000 a 200; Stendal: 10 Q. Stade 1000 a 200; Steinlin 10 000 a 200; Hannover: 20 000 a 200; Dresden: 30 000 a 200, 400 a 100; Straßburg: 600 a 200; Görlitz: 500 a 200, 200 a 100; Zeulenroda: 200 a 200; Greifswald: 400 a 200; Blankenberg: 20 Q. Lübben: 500 a 200, 100 a 60; Arnstadt a. d. Orla: 1000 a 200; Freyburg: 1060 a 200; Trossin: 20 Q. 800 a 200; Heidelberg: 3000 a 200; Halberstadt: 800 a 200, 100 a 10; Fürstenwalde: 1000 a 200; Greiz: 3000 a 200, 100 a 60; Spittal: 800 a 200; Lüdenscheid: 200 a 200, 100 a 100; Bremen: 600 a 200; Saarbrücken: 1000 a 200, 100 a 100; Peine: 300 a 200; Fleisig: 400 a 200; Leobschütz: 1000 a 150, 500 a 60; Bützflede: 200 a 200, 200 a 100, 200 a 60; Freiburg i. Br. 1000 a 200; Sangerhausen: 1000 a 200; Torgau: 500 a 200; Marien: 100 a 100; Darmstadt: 200 a 200; Görlitz: 600 a 200; Erlangen: 2000 a 200; Königsee: 200 a 200; Bückeburg: 500 a 200, 100 a 60; Wittenber: 500 a 200; Lörrach: 500 a 200, 100 a 100; Neindorf: 500 a 200; Gierswalde: 1000 a 200; Freyburg: 600 a 200, 100 a 150; Angermünde: 100 a 200; Bismarck: 1000 a 200; Löwenberg: 10 Q. 400 a 200; Achsenburg: 2500 a 200; Brombachseig: 10 200 a 200, 100 a 100, 100 a 10; Bützen: 2000 a 200; Chemnitz: 200 a 200; Hirschberg: 2500 a 200, 100 a 100; Kärtitz: 15 000 a 200; Ruffenhofen: 200 a 200; Unterweissbach: 400 a 200; Tüpfel: 3000 a 200, 1000 a 100; Sonnenhof a. B.: 100 Q. 30 000 a 200, 500 a 150; Berlin: 30 000 a 200; Bremen: 200 a 10; Magdeburg: 1500 a 200, 100 a 100; Würzburg: 50 Q. 8000 a 200, 1000 a 150, 500 a 100; Hadersleben: 20 Q.

Aus den Bezirken und Zahnärzten.

Artern. Vorsitzender: Albert Hammerten, Büroleiter. Schreiber: Ernst Wacker, 12. Potsdam. Vorsitzender: Johann Friedrich, Gartenweg 21, 21. Schreiber: Ernst Knödel. Görlitz. Vorsitzender: Ernst Henke, Döbriener Str. 22. Chemnitz. Schreiber: Otto Lichtenberg, Markt 186. Gräfenhain. Schreiber: Richard Buzek, 12 III. Berndorf. Schreiber: Ernst Böhl. Lübben. Vorsitzender: Dominikus Roth. Schleiz. Schreiber: Eduard Jüttner, Goethestr. 26. Mühlhausen. Vorsitzender: Peter Gäß, Bierstr. 8. Schleiz. Schreiber: Richard Buzek. Harburg. Vorsitzender: Dominikus Roth. Schleiz. Schreiber: Eduard Jüttner, Goethestr. 26. Hettenshausen. Vorsitzender: Peter Gäß, Bierstr. 8. Schreiber: Georg Bögl, Rosenstr. 12 III. Berndorf. Schreiber: Eduard Jüttner, Goethestr. 26. Lübbenau. Vorsitzender: Toni Kirschke, Heinersdorfer Str. 30/31. Schreiber: Albert Wietzsch, Heinersdorfer Str. 30/31. Leobschütz. Vorsitzender: Paul Gollnick, Kreuzstr. 17. Schreiber: Max Giffel, Hohenzeilenplatz 5. Lübbenau. Vorsitzender: Emil Gümmer, Riesstr. 2. Schreiber: Joh. Röder, Strengstr. 132. Bismarck. Vorsitzender: Unger, Schaffr. 30 II. Schleiz. Vorsitzender: R. Kocher, Schlossbrauerei. Schreiber: J. Koske, Schlossbrauerei. Reichenburg. Vorsitzender: Christ. Grot, Böhlstraße. Schreiber: P. Schmidhuber, Böhlstraße 562. Neindorf. Vorsitzender: Heinrich Pöhl, Weinbergstr. 16, Straße 16. Röden. Vorsitzender: Aug. Hempeler, Brauhausestr. 3. Schreiber: Bettie Setten, Alleestr. 61. Böhlau. Vorsitzender: Karl Grotz, Hansstraße 23. Schleiz. Vorsitzender: Karl Grotz, Hansstraße 23. Schreiber: Bettie Setten, Alleestr. 61. Göttingen. Vorsitzender: Carl Heßel, Händelsweg 4. Oelsnitz. Vorsitzender: Max Hornig, Rübenstrasse.

Reichenbach. Vorsitzender: Max Ruhrt, Rendorfer Straße 130.

Rothenburg o. T. Vorsitzender: Hans Oberländer, Bürzburger Str. 23.

Rotholzhausen. Schreiber: Joh. Stadler, Haus 264.

Schleswig. Vorsitzender: Jens Rezen, Schubstr. 36.

Schlossau. Vorsitzender: Aug. Schönau, Raldauer Straße 8.

Sprottau. Schreiber: Emil Graf, Bützgasse 4a.

Siegart. Vorsitzender und Schreiber: Karl Marcus, Bischofstr. 33.

Stendal. Schreiber: Wolter, Arheimer Str. 26.

Striegau. Vorsitzender: Richard Bauer, Liegnitzer Straße, Borstraße 2.

Tüpfel. Vorsitzender: David Schmalz, Ragnitstr. 33.

Torgau. Schreiber: Otto Albrecht, Spitalstr. 12.

Teplitz a. d. R. Vorsitzender: B. Budtke, Rauerstr. 1.

Unterweissbach. Vorsitzender: Ulmar Ulrich, Schreiber: Oskar Haas.

Wilhelmshagen-Küstringen. Vorsitzender: H. Holländer, Küstringen, Raumstr. 200.

Wilsdrud. Schreiber: Friedrich Stille, Großenstr. 49.

Wittenberg. Schreiber: E. Weller, Mühlweg 3.

Wurzen. Schreiber: Franz Hartig, Reichstr. 8.

Verhandlungsanzeige.

Sonntag, den 22. Januar.

Wittenbergen. 8 Uhr: Vereinstafel.

Sonntag, den 23. Januar.

Beeskow. 3 Uhr: bei Ueg, Bahnhofstraße.

hof u. König. 2 Uhr: „Deutscher Hof“, Generalversammlung.

Blankenfelde. 2 Uhr: „Deutsches Haus“

Wittenberg. 7 Uhr: „Gingigkeit“, Kopfstr. 1.

Ull. 1½ Uhr: Gemshaus, Generalversammlung.

Montag, den 24. Januar.

Roßdorf 7½ Uhr: „Philharmonie“